

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Gropenstr. 2/6, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Schatzungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Gropenstr. 2/6, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Schatzungsliste Nr. 8170.

Telephon Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 116.

Mittwoch, den 20. Mai 1908.

14. Jahrgang

Das Wahlgeheimnis ist gesichert.

Zum ersten Male werden in diesem Jahre die neuen Vorrichtungen zum Schutze des Wahlgeheimnisses in Anwendung kommen.

Sie sind den Konservativen und Sozialisten aller Schattierungen ein Dorn im Auge. Wie soll der „gnädige Herr“ durchs Couvert seine Wahl erkennen, welchen Zettel sein Knecht in die Urne steckt, woher will der geistreiche Kriegervereinseher schließen, ob seine untergebenen „Kameraden“ der ausgegebenen Parole folgen und den vermeintlichen Notizen hinhinhören? Die Kunststücke, welche bisher mit dem Zusammenfallen der Stimmzettel ausgeführt wurden, fallen diesmal ganz weg.

Jeder kann furchtlos den Mann seiner Ueberzeugung wählen. Niemand kann seine Abstimmung kontrollieren.

Jedermann kann sich in der Tasche von Hause einen sozialdemokratischen Stimmzettel ins Wahllokal mitnehmen. Er muß ungefähr 9 zu 12 Zentimeter groß sein. Wesentliche Abweichungen in der Zettelgröße machen die Wahl ungültig.

Im Wahllokal empfängt er ein amtliches Wahlcouvert, die alle gleich sind und keinerlei Kennzeichen haben dürfen.

Mit dem Wahlcouvert geht jeder einzeln in einen Nebenraum oder an einen durch einen Verschluss abgetrennten Tisch. Hier steckt der Wähler, unbeobachtet von jedermann, seinen sozialdemokratischen Zettel in den Umschlag und schließt ihn wie einen Brief; Zutreten ist nicht notwendig, aber zu empfehlen.

Darauf übergibt der Wähler das Couvert mit Zettel dem Wahlvorsteher.

Der Wahlvorsteher darf keinen Zettel annehmen, der nicht vorher an der vor Zuschauern geschützten Stelle in den Umschlag gelegt ist.

Von einer ganzen Anzahl Firmen sind Versuche gemacht worden, den Bürgermeistern und Landräten, denen die neue Schutzvorschrift schweres Kopfschmerzen verursacht, mit Rat und Tat an die Hand zu gehen.

Ein Hamburger Herr W. Jensen, hat jetzt für eine transportable

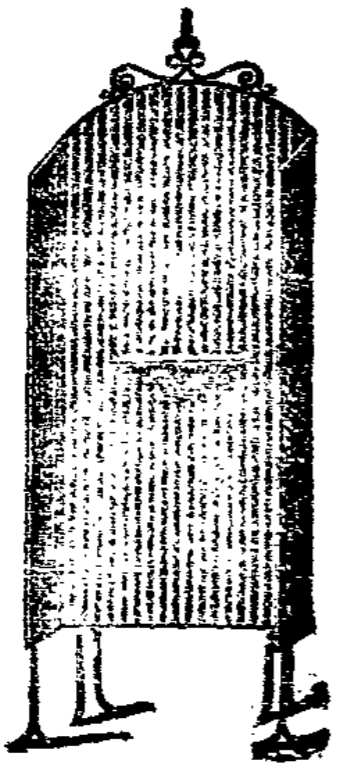


Fig. 2.

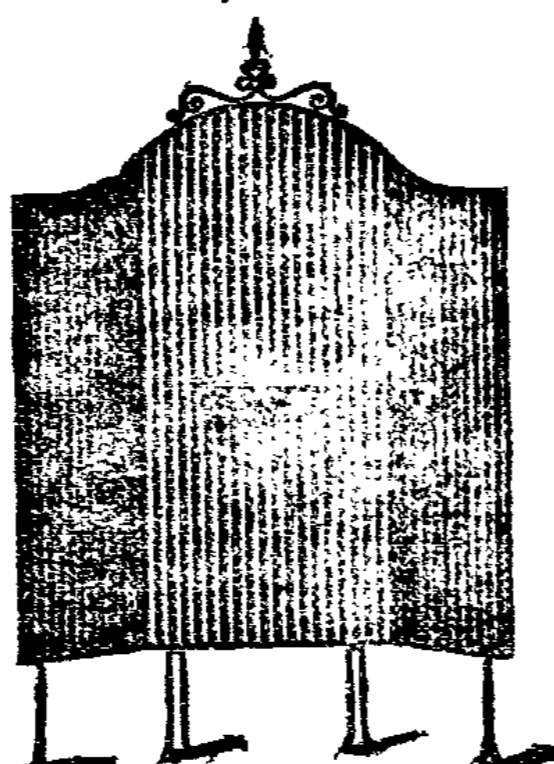


Fig. 3.

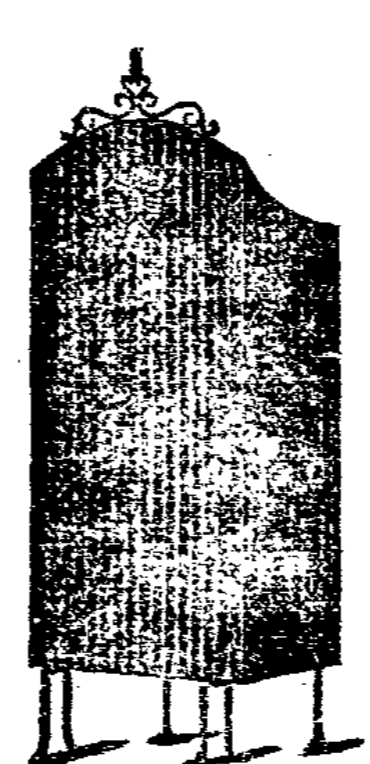


Fig. 4.

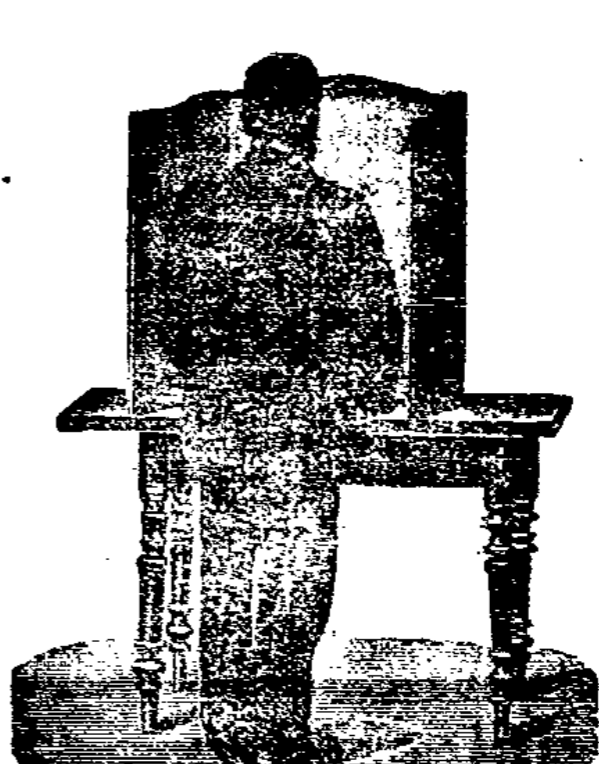


Fig. 5.

Wahlzelle Moderschutz angemeldet (Fig. 1), die zweckentsprechend erscheint. Die Zelle braucht 2 Quadratmeter Grundfläche und kann in einigen Minuten aufgestellt werden. Sie besitzt zwei Türen. Hat der Wähler am Vorstandstisch seinen Namen genannt und das Wahlcouvert empfangen, so betritt er die Wahlzelle, steckt seinen Wahlzettel, vollständig von der Außenwelt abgeschlossen, in das Couvert und verläßt die Zelle. Sobald die Ausgangstür der Wahlzelle geöffnet wird, öffnet sich selbsttätig auch die Eingangstür, wodurch dem nächsten Wähler angezeigt wird, daß die Zelle frei ist.

Leider sind aber nicht alle Wahllokale so groß, daß sie 2 Quadratmeter Grundfläche entbehren können. Namentlich in den Bauernbörsen fanden wir schon oft Wahllokale, welche die Aufstellung dieser in Fig. 1 dargestellten Zelle nicht vertragen würden. Die Frankfurter Firma G. Schaller u. Co. hat nun „Klosetts“ konstruiert, die beinahe gar keinen Raum wegnehmen und auch im kleinsten Lokale aufgestellt werden können. Das einfachste ist wohl das in Fig. 5 dargestellte, eine Schutzwand auf einem Tisch, die natürlich so aufgestellt werden muß, daß der Wähler nicht kontrolliert werden kann. Empfehlenswerter sind noch, wo nicht auf äußerste Billigkeit gesehen werden muß, die zusammenklappbaren Blechwände dieser Firma, wie sie die Figuren 2, 3 und 4 von vorn und hinten zeigen. An der Innenseite der Blechwände ist ein kleines Wandpult angebracht, um den Wählern das Einstecken der Stimmzettel zu erleichtern. Die Schutzwände der ersten Art kosten 18 Mark, die unter



Fig. 1.

Figur 2, 3 und 4 39 Mark. Da dieselben für viele Wahlperioden verwendet werden können, ist die Ausgabe für die Gemeinden nicht sehr groß und wir eruchen die Genossen in allen Ortschaften Schlesiens, die Behörden auf diese billigen und praktischen Vorrichtungen aufmerksam zu machen.

Jedenfalls achte man darauf, daß der Nebenraum oder der Tisch so beschaffen ist, daß wirklich niemand beobachten kann, was für einen Zettel der Wähler ins Couvert steckt. Ungesegelte Isolierräume machen die Wahl ungültig!

Es wird Sorge zu tragen sein, daß Parteigenossen von ungesegelten Isolierräumen photographische Aufnahmen herstellen. So wird die Berechtigung des Wahlprotestes unwiderleglich bewiesen.

Der Wahlvorsteher hat die Couverts in geschlossene Gefäße (Urnen), die oben einen Spalt haben, zu legen. Ungesegelte Wahlgefäße machen die Wahl ebenfalls ungültig!

Die Wahlhandlung dauert diesmal von 10 bis 7 Uhr.

Niemand darf aber seine Stimme nach 7 Uhr abgeben, auch wenn er vor 7 Uhr im Lokal ist. Es empfiehlt sich also, nicht im letzten Augenblick, sondern so früh wie möglich zu erscheinen, damit jeder seine Stimme bis 7 Uhr abgeben kann.

Wir empfehlen den Zentral-Wahlkomitees, auf den Flugblättern, die zur Verbreitung gelangen, Anleitungen und Nachschläge über die Wahlhandlung zum Abdruck zu bringen.

Das württembergische Ministerium des Innern erteilt, wie es scheint, als erste Amtsstelle, eine Belehrung. Die Vorschriften über den Isolierraum besagen, daß die betreffenden Räumlichkeiten entweder in einem oder mehreren Nebenräumen zu bestehen haben, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder in Vorrichtungen, welche an einem oder mehreren von dem Vorstandstisch getrennten Nebentischen angebracht werden. Es können hierzu verstellbare Wände, un durchsichtige Vorhänge, Kästen und dergleichen Verwendung finden, wenn nur ein zum Lesen und Schreiben genügend heller, mit einem Tisch versehenen Raum hergestellt wird, welcher eine Beobachtung des Wählers beim Einlegen des Stimmzettels in den Umschlag ausschließt. In Wahlkreisen mit mehr als 500 Wählern sollen mindestens zwei Absonderungsrichtungen angebracht werden.

Solche Belehrungen und Anweisungen namentlich für das flache Land müßten längst auch in Preußen erlassen sein.

Oftensicherm empfiehlt der Landrat von Landau den Gemeindevorsteher zur Herstellung eines Isolierraumes bei der Stimmabgabe. „Als Ausweg bei dem Mangel an Nebenräumen sei die Aufstellung eines vom Vorstandstisch getrennten Nebentisches, vielleicht umstellt mit einem Ofenschirm oder dergleichen, empfohlen.“

Uns scheinen „Ofenschirme und dergleichen“ doch etwas unzulängliche Schutzvorrichtungen zu sein.

Jedenfalls aber soll die Isolierzelle und das Wahlcouvert eine weitere Sicherung des Wahlgeheimnisses dar. Die Genossen übernehmen die Pflicht 1. auf Beschaffung praktischer Isolierwände zu bringen, und 2. in ihren Flugblättern den Wählern bekannt zu geben, welchen Schutz sie nach dem neuen Wahlgesetz genießen. Jedes Flugblatt muß die obige Erläuterung enthalten, damit wir den Protektoren weit und breit sagen können:

Eure Arbeitgeber können Euch bei diesen Wahlen nicht mehr für die Betätigung Eurer sozialdemokratischen Ueberzeugung bestrafen.

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses schützt vor Rache!

Freilich sind große Parteien in Deutschland bestrebt, dem Wähler den wichtigsten Vorzug des Reichstagswahlrechts zu entreißen. Sie werfen sich voller Ueberzeugungstreue in die Brust und sagen: Jeder freie deutsche Mann muß den Mut seiner Ueberzeugung haben und offen bekennen, zu welcher Fahne er hält. Das klingt sehr schön und auch sehr mutig, wird aber leider nur von solchen Leuten vertreten, die selbst unabhängig sind oder in angeborenem Streberfieber stets das tun, was ihr Vorgesetzter befehlt.

Wo bliebe dann unser Wahlrecht für Tausende von Mitbürgern, wenn die geheime Stimmenabgabe abgeschafft würde? Hunderte von Beamten, Tausende von Staatsarbeitern, und länderlichen Arbeitern hätten ihr freies Wahlrecht überhaupt verloren! Man kann es ja bei den Landtags- und Stadtverordnetenwahlen beobachten, wie diese Leute, außerdem aber auch die kleinen Handwerker und Geschäftsleute, beobachtet werden. Sie auch den „staatserkaltenden“ Parteien ihre Stimme geben. Selbst die Wahlenthaltung wird dem Beamten als ein Verbrechen angerechnet.

Vorläufig blieb der Wunsch der Wahlrechtsfeinde unerfüllt. Niemand kann Euch konstatieren, zur Urne fahren, die Zettel Eurer Partei. Ihr wählt frei!

Das Reichstagswahlrecht.

Die Ungleichheit der Reichstagswahlkreise erfolgt eine recht beachtenswerte Illustration durch die jetzt vorliegenden Resultate der Volkszählung vom 1. Dezember 1900. Die 397 Wahlkreise verteilen sich auf eine Gesamtbevölkerung von 56,367,178. In das durchschnittlich auf 143,000 Einwohner ein Wahlkreis fällt. In Wirklichkeit zählten 74 weniger als 100,000 Einwohner und 86 mehr als 200,000 Einwohner. Welche gewaltigen Unterschiede zwischen den größten und den kleinsten Wahlkreisen bestehen, ergibt sich aus der nachstehenden kleinen Tabelle. Darnach entfallen auf:

die zehn größten Wahlkreise	die zehn kleinsten Wahlkreise
1. Berlin VI (Ges.)	1. Schaumburg-Lippe (Fr. So.)
2. Sektoren-Berlin-Spandau (Soz.)	2. Waldorf (Frisch.)
3. Pommern (Nat.-Lib.)	3. Werra (Fr. So.)
4. Berlin IV (Soz.)	4. Harz (Nat.-Lib.)
5. Hannover III (Soz.)	5. Schwaben (Frisch.)
6. Ostpreußen II (Soz.)	6. Deutsch-Polen (Sozialist.)
7. Württemberg II (Soz.)	7. Elsaß-Lothringen (Zentrum)
8. Nordmark (Nat.-Lib.)	8. Preußen (Fr. So.)
9. Elben (Zentrum)	9. Ostpreußen I (Sozialist.)
10. Düsseldorf (Nat.-Lib.)	10. Rheinl. u. L. (Soz.)

Der größte Wahlkreis, Berlin VI, hat also die fünfzehnfache Einwohnerzahl des kleinsten, Schaumburg-Lippe; und die durchschnittliche Einwohnerzahl der 10 größten Wahlkreise ist acht Mal so groß wie die der 10 kleinsten. Da das Verhältnis der Wahlberechtigten in beiden Kreisen der Einwohnerzahl entsprechend ist (durchschnittlich entfällt auf etwa 4 Einwohner ein Wahlberechtigter), so würde die Stimme eines Wählers in Schaumburg-Lippe ebenso schwer wiegen, wie 15 Stimmen in Berlin VI. Da nach dem Reichswahlgesetz bekanntlich auf je 100,000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen ist, müßte z. B. der jeweilige Wahlkreis in Berlin allein sieben Abgeordnete wählen.

Unter den heutigen Verhältnissen ist überhaupt eine Beachtung der großräumigen Wähler zu konstatieren. Eine Reueinrichtung der Wahlkreise im Geiste der Verfassung wurde diese verschiedene Wertung der städtischen und der ländlichen Stimmen ausgleichen. Weil aber alldahin die privilegierten Jünger des Stillsitzens, den sie wahrheitsgemäße auf die Gesetzgebung zu ihrem Vorteil ausüben, behaupten sehen würden, wenn auch lange noch nicht nach Verzicht, so scheuten sie sich mit Händen und Füßen gegen die Befreiung der himmelschreienden Ungleichheit, die durch das Fortbestehen der gegenwärtigen Wahlgeometrie wirksam ist. Außer anderen Gründen ist schon aus diesem Grunde die stärkste Bekämpfung der reaktionären Parteien geboten.

Politische Uebersicht.

Was ist's mit der Arbeiterfürsorge? In seiner „Neuen Staatlehre“ schreibt der Wiener Jurist Anton Wenger:

Die Regierungen, gleichviel welche Staatsform in ihren Ländern bestehen mag, müßten sich daran gewöhnen, in der sozialen Bewegung eine fortwährende Nachteroberung durch die drohenden Gefahren zu erblicken. Da gegen die Gefahr des proletariats aller Länder eine solche fortschreitende Nachteroberung seit jeher höher geschätzt, als die bloße Besorgung mit wirtschaftlichen Gütern. Deshalb ist die Stellung des Arbeiterstandes zu der gesamten Staatsverwaltung in England und Frankreich viel günstiger, als in Deutschland, wo der Staat zwar in der Arbeiter-Beförderung ein großes System wirtschaftlicher Fürsorge zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung entwickelt, jedoch aber durch ungenügende

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.

Es wurden die mannigfaltigen Vorschläge gemacht - da kam ein Wort mit einer Forderung. Es sprang den Rednern übermütig aus dem Munde. Der Redner erklärte, daß im abendlichen Wapere in die Versammlung zusammengezogen werden seien und auf Grund der Beschlüsse. Die Rede, welche der Redner seine Rede, nicht mehr von der Sprache entfernt sein und würden jedenfalls den anderen Rednern überhört werden.

Die Mitglieder des Ausschusses haben miteinander ein Schwören gethan, unter die der Gedanke ist. Die Rede ist nicht heilig. Er alle in dem Zusammenhang der Rede und sind die Mitglieder der Versammlung.

„Jetzt müssen wir den Bund der Räte geben“, rief Thiel, „wir müssen die Rede bekräftigen, bis die Versammlung der Nationalversammlung kommen.“

Als die Versammlung sich löste, trat der Redner zurück. Er trug ein ungeschicktes Schicksal. Er hatte wohl ein hohes Ziel beim Schwören geschworen, Gut und Blut für Freiheit und Vaterland zu opfern - aber es ist nicht, für das Vaterland zu leben als für das Leben zu stehen.

Und so beschloß er, ungeachtet aller Einsprüche Thiels, an den hiesigen Kommunalrat einen Antrag zu stellen mit der Bitte, das die Dinge nicht dem Gesetz die Wege zur Seite zu geben. Und bis zum Ende der Reden die Bemerkung zu erwarten. Und so wurde die Rede die Rede wiederholt.

„Dann wird Herr Braun wohl zurückkehren“, sagte Thiel, dem Kommissar dankend auf die Schulter klopfend.

Der Kommissar sah ihn grünnend an und antwortete:

„Was man versteht an dem, was man versteht. Thiel und Thiel haben das Recht geschworen und für den Vaterland zu leben.“

Da erkannte der brave Thiel, daß seine Rede zu Ende sei. Er war kein Held mehr; er mußte fliehen, wenn er nicht auf lange Zeit hinter die schiedlichen Geheime kommen sollte.

Aber seine?

Thiel schied nicht ohne ein noch dem Redner einen Satz. Seine Worte ihm wieder entgegen und nach sich an seine Rede. Er hat nicht sagen können, was Herr Braun mit dem Kommissar an dem Reden war.

„Der Bund der Räte der Frau Hofmeisterin ist, der beginn ist, daß sie von den politischen Kommissaren nicht unterstützt war; daß er auch die Kommissaren mit politischen Kommissaren unterstützte.“

gesetzlich und Polizeibrand jenen weltlichen Prozess der Nachteroberung fortwährend gebrannt hat. Denn die den Arbeitern gewährte wirtschaftliche Fürsorge kann jederzeit durch Lebensmittelhoheit, Steuerbefreiungen, Auszubehalten und Ähnliche den oberen Klassen gewährte Begünstigungen wieder verringert oder gar aufgehoben werden; eine gesetzliche und finanziell anerkannte Nachstellung ist dagegen für die unteren Volksklassen ein Vorteil, aus dem für sie fortwährend neue politische und ökonomische Fortschritte hervorgehen.

Das Klingt etwas anders als die überfüllenden Wahlkreise auf das „soziale Kaiserium“ und dergleichen. Wahrhaftig ist tatsächlich für den Arbeiter viel mehr wert als mehr Versorgung.

Wahlhammer.

Den bürgerlichen Parteien dankt die Wahlarbeit zu sein. „Nationalztg.“ und „Nordd. Allg. Ztg.“ klagen in traurigem Verein:

Die auf der ganzen Linie mit Ausnahm weniger Wahlkreise herrschende Teilnahmlosigkeit läßt für die Erfüllung der moralischen Wahlpflicht seitens der bürgerlichen Kreise das schlimmste befürchten. Bereits im Jahre 1898 waren nur 156,000 bürgerliche Wähler weniger an die Urnen getreten, als im Jahre 1890, ganz zu schweigen von dem letzten Jahre 1897, in dem gegenüber ein Anstieg von mehr als einer Million bürgerlicher Wähler zu verzeichnen war. Beachtet man die Zahlen von 1898 im Vergleich zu denen von 1890 näher, so ergibt sich für die letzten Wahlen ein für das Bürgerium beschämendes Resultat, das jetzt allem Anschein nach noch weit übertrumpft werden soll. Von 1890 bis 1898 hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten um etwa 1,8 Millionen vermehrt. Daraus liefern der Sozialdemokratie rund 680,000 neue Wähler. Für die bürgerlichen Parteien wären demnach 680,000 neue Wahlberechtigte verfügbar gewesen. Statt dessen wurde auf dieser Seite ein Verlust von 156,000 Stimmen verzeichnet, so daß infolgedessen im Jahre 1898 reichlich drei Viertel Millionen Wahlberechtigte weniger als 1890 an ihren Wahlort erschienen sind, und an der Zahl der Wahlberechtigten im Endeffekt ausschließlich die Sozialdemokratie teil hatte. So gar die Gesamtsumme der abgegebenen gültigen Stimmen einschließlich der sozialdemokratischen hat von 1897 bis 1898 trotz des außerordentlichen Wachstums der Bevölkerung keine wirklich erhebliche Verdrängung erfahren. Das beschämende Schicksal von 1898, daß lediglich die Sozialdemokratie von der Vermehrung der Wahlberechtigten profitiert und die bürgerlichen Parteien trotz des starken Volkswachstums nicht einmal die frühere Anzahl ihrer Wähler an die Urnen zu bringen vermögen, darf sich nicht wiederholen.

Uns ist es natürlich sehr angenehm, wenn die Gegner etwas mehr Leben in die Bude bringen, denn die Faulheit der einen ist auch nicht ganz ohne Einwirkung auf die Mäßigkeit der andern.

Wider die Gewerkschaften

wird jetzt wieder einmal auf der ganzen Linie gehept. Anknüpfend an die Meldung, daß mehrere deutsche Gewerkschaften, darunter der Buchdruckerverband, zu den Kopien des holländischen Generalstreiks 12,129 Mk. beigezeichnet haben, schrieb die „Streuzettel“, dies Verhalten lehre, daß gerade die Gewerkschaften das Hindernis der internationalen Sozialdemokratie seien, daß es nichts Besseres geben könne, als diese Organisationen von Reichs wegen anzuerkennen und ihnen öffentlich-rechtliche Befugnisse beizulegen.

Ähnliche Ergüsse haben andere Ordnungsbücher gebracht. Im Hintergrund lauert das Verlangen nach einer neuen Jubiläumsvorlage. Der Gewerkschaftler, der bei dieser Situation nicht alles daran setzen würde, die Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf nach Kräften zu fördern, der müßte allerdings mit Blindheit geschlagen sein!

Constitutionelle Enthüllungen über die Behandlung des Prinzen Arnberg im Gefängnis

bringt die „Dannov. Allg. Ztg.“. Gegenüber dem Dementi der Gefängnisverwaltung schreibt sie:

Er nehmen von dem, was wir gesagt, nicht nur nichts zurück, sondern fügen noch hinzu, daß Prinz Arnberg in beständigem Gespräch mit einem Gefangenen stand, daß er ferner einen Raum zu eigener Bedienung hatte und daß er sich so viel Spielzeug beschaffen konnte, wie er wollte. Er ist nicht bestraft, daß er sich im Gefängnis Bier aus Erbsen selber brauen konnte. Der Prinz beschäftigte sich tagtäglich mit Literatur und fand Abends Gesellschaft mit

Partenspielen. Daß es ihm auch nicht an Bewegungsmitteln gefehlt hat, haben wir bereits mitgeteilt. Das sind Tatsachen.

Wir können uns nicht denken, daß das hannoversche Blatt solche Nachrichten ohne jeden Beweis in die Welt setzen kann und erwarten mit einiger Spannung eine neue Erklärung der Gefängnisdirektion.

Vorläufig können wir nicht glauben, daß alles das wahr ist, was jetzt durch die gesamte Presse geht.

Die „gräfliche Flotte“

des Herrn Dr. Dieberich hat einen zweiten konservativ-agrarischen Geaner gefunden, der jetzt, nachdem der Reichstag geschlossen ist, plötzlich sein Flottengegnerisches Herz entdeckt hat. Der Abgeordnete für Osterburg-Stendal, der konservative Herr Gumburg, früher in einer konservativen Versammlung zu Stendal nach dem Berichte des „Allm. Intelligenzt.“ folgendes aus:

Warum es in finanzieller Beziehung mit uns schlechter steht liegt an den erhöhten Ausgaben des Reichs. Zunächst hat uns die Kolonialpolitik schon recht viel gekostet; wenn wir das vorher gewußt hätten wir am Ende die Finger davon gelassen. Jetzt ist natürlich kein Rückschritt mehr möglich, was wir haben, müssen wir halten und ausbauen. Ferner kostet uns die Sozialpolitik sehr viel, weiter aber kostet sehr schwer auf uns die an maßgebender Stelle gelegte Vorliebe für das Wasser. Ein Kaiserwort sagt: Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser! Ich aber sage: Das Wasser droht, unser finanzieller Ruin zu werden; etwa 1911 oder 1912 wird bei dem weiteren Ausbau des Flottenplanes der Marineetat den Reichetat eingeholt haben und später noch höher werden. Wie wollen wir das finanziell schaffen? Es ist sehr leicht, wenn wir eine recht starke Flotte hätten, aber wir können eben nur so viel leisten, als in unseren Kräften steht.

Hoffentlich beherzigen die Wähler des Kreises diesen Wink des Herrn Gumburg und geben am 16. Juni einem entschiedenen Flottengegner ihre Stimmen, nicht aber Herrn Gumburg, der im verflorenen Reichstage frisch und munter - für das Flottengeß vom Jahre 1900 gestimmt hat.

Die Korpsstudenten.

Ueber die Verbreitung des Korps-Studententums in den oberen Beamtenstellen bringen die „Abd. Monatshefte“ einen zweiten Artikel:

Der Präsident des Reichsgerichts, Herr v. Dehlshöffer, ist Ehrenmitglied und alter Herr der Rittersberger Baltia. Von Korpsstudenten wurden ferner am Reichsgericht 1 Senatpräsident, 2 Reichsgerichtsräte, 2 Reichsanwälte und 4 Rechtsanwälte.

Die mit ernannten 6 preussischen Regierungspräsidenten sind alle Korpsstudenten. Auch das bayrische Kultusministerium wird von einem alten Herrn der Münchner Jura geleitet. Dem Verbände alter Korpsstudenten, der nur einen kleinen Teil der alten Herren umschließt, hat sich ferner angeschlossen: Drei Oberlandesgerichtspräsidenten, 7 Senatpräsidenten, 29 Landgerichtspräsidenten, 1 Amtsgerichtspräsident, 51 Oberlandesgerichtsräte, 46 Landgerichtsdirektoren, 3 Generalstaatsanwälte, 7 Generaloberanwälte, 10 Generalanwälte, 46 Oberstaatsanwälte, 3 Generale der Infanterie, 3 Generalleutnants, 1 Generalmajor, 11 Obersten, 24 Oberleutnants.

Manches dem Volke unverständliche Urteil erklärt sich sicherlich aus der Tatsache, daß die Korpsstudenten auch in der Rechtsprechung einen so gewaltigen Einfluß haben.

Man denke an folgenden Fall: Das Duell ist durch das Strafrecht verbotener, der Richter muß den Duellanten bestrafen. Der Richter aber ist Korpsourier und als solcher verpflichtet, die Aufforderung zum Duell anzunehmen, andernfalls wird er ausgestoßen. Auf welcher Seite soll sein Herz sein?

Mit einer angeblich mittelstandsfreudlichen Anspornung des Genossen Ledebour geht die Ordnungspresse krebzen.

In einer Verjaunung zu Berlin soll er u. a. gelagt haben:

„Die Sozialdemokratie hat mit den Mittelstandsparteien absolut nichts gemein und wird sich niemals dazu begeben, die Interessen des Mittelstandes, das heißt der Handwerker, Ladengeschäfte, kleinen Industriellen usw., zu vertreten, da auch diese nur zu der Klasse der Ausbeuter gehören. Die Sozialdemokratie ist nicht anders, die in ihrer Eifersucht bedroht kleinen Gewerbetreibenden

Thiel sagte nun auch, daß der Bund seiner Presidency nicht der Frau Hofmeisterin nach ihm gebildet war.

Herr Thiel: ich über den Bund, was Thiel sagte, sagte ich nicht und fragte:

„Was gebührt man zu ihm?“

„Ich will heute noch abreden“, antwortete Thiel.

„Thiel!“ sagte Hofmeisterin höchlich, „mit der Republik ist's zu Ende.“

Thiel war, als Thiel er seinen Geist nicht.

Herr Thiel: ich

Herr Thiel: ich habe keine Gewerkschaften mit einem Hochworts haben“, sagte wiederum Herr Thiel. Thiel hat einen Scherz mit.

„Und wenn sie diese Gewerkschaft dennoch fortsetzen will, so wird sie nicht“, sagte die Hofmeisterin hoch.

„Was gebührt es zu ihm, Thiel?“ fragte Thiel mit gütlicher Stimme.

„Ich gab ihm Antwort, sondern verließ ihn, Thiel ist nicht mit der Rede.“

Da sprach Thiel, daß auch in diesem Sinne für ihn nicht weiter zu machen ist. Er wollte sich nicht vom dem höchsten Gebirge herablassen lassen.

„Wann der Bund nicht so viel Zeit hat“, sagte Thiel, „so ist er nicht mehr zu machen.“

Da sprach er in seinen noch einmal die alte Rede auf.

„Als er die Rede hat“, sagte Thiel, „habe ich die Rede hören, und er hat es nicht getan.“

Herr Thiel: ich will noch weiter, Thiel aber sag sich auf die Rede, Thiel.

„Ich will die Rede hören und Thiel will nicht mehr aufhören.“

Herr Thiel: ich will noch weiter, Thiel aber sag sich auf die Rede, Thiel.

Herr Thiel: ich will noch weiter, Thiel aber sag sich auf die Rede, Thiel.

Herr Thiel: ich will noch weiter, Thiel aber sag sich auf die Rede, Thiel.

nicht behaupten, daß er nicht Schwägerohn der Frau Hofmeisterin unter geworden war.

Am Morgen nach der Flucht Thiels und Stendels riefen die Bayern es und antworteten jogleich die Bürgerwehr. Darauf wurden die Soldaten in Bürgerquartieren gelegt, wozu die Bürger sehr lange Gesicht machten.

Jedermann hatte es spannt der Dinge, die da kommen sollten. Ramentlich war man neugierig, was der Fürst tun würde.

Gegen Abend wurden die Flotte angehtagen, d. e. eine Proklamation durch den Reichspräsidenten enthielten. Darin dankte er nochmals förmlich ab und übertrug seine Ansprüche an seinen im Nachbarstaat regierenden Vetter, indem er darlegte, warum ihm das Regieren verleidet sei. Es hieß dann:

„Es war mein Prinzip, mein Volk glücklich zu machen. Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Auf das Freie ist jedes Band gerissen; der schwächliche Unaband ist auf mein ungeschickliches Haupt gedrückt. Nicht die Erhebung Deutschlands, sondern die Erneuerung der Erblichkeit, die in der Flottenschiffahrt ein klein Stückchen mit dem März entstand, hat mich vertrieben. In diesem unglücklichen Unaband und Schwäche der Hölle, durch die die Väter erst großgezogen sind; sie ganz von meiner Reden aus und weiter, weiter fortsetzend, alles an. Da ist mein Verbleiben unmöglich, und es ist mein Prinzip, nichts halb sein zu wollen.“

Und so wiert.

„Thiel“, hieß es dann, „ich kann meine Dürftigkeit mit dem mir von meinen hoch gebildeten zwei Vätern nicht ins Gedächtnis heruntreiben. Leb wohl!“

„Erich LXXXIX.“

Da lachten nun wieder hochhefte Leute und sprachen wie damals, als man die Fürstlichen Pferde requiriert:

„Wann er nicht Pferde genug hat, dann soll er auf seinen Reingepies heranziehen!“

„Man, daß man es diesmal nicht laut zu sagen magte, sondern es sich ins Ohr flüsterte.“

Die Kommissare von Frankfurt kamen nicht; denen hatte man abgeben müssen.“ Wohl aber kamen Kommissare der benachbarten Regierungen, um eine Revision des Staatsrechtes vorzunehmen. Sie beachteten, daß das Landchen mit dem Gebiet von Groß-Bettler vertriebt wurde.

De Boy zu lagen mehrere Monate im Quartier und beschwerten sich manchmal so unerbittlich, daß sie den Namen Straßburger erzielten.

Die Herrschaften aber bochten noch lange an ihre Revolution und wie sie einmal die Freiheit gelobt.

S z o

...schließen oder zu schließen, sondern es liegt nur in der Absicht der Sozialdemokratie, das diese Elemente, die dem Existenzkampf nicht gewachsen sind, ihre Selbständigkeit aufgeben; auf irgend welche Weise gegen die Interessen des Großkapitals, der Großindustrie, der Großbank, der Konsumvereine usw. hat der Mittelstand seitens der Sozialdemokratie nicht zu hoffen, sondern es wird gerade das Bestreben der Sozialdemokratie sein, solche Bazar, Großindustrien usw. im Kampfe gegen den Mittelstand zu unterstützen.

Selbstverständlich hat Genosse Lebebour das nicht gesagt. Wie wir aus dem „Borw.“ ersehen, hat er in der betreffenden Versammlung die Frage eines Gegners beantwortet, was er für den Mittelstand zu tun gedenke, um ihn vor der Konkurrenz der Warenhäuser und Konsumvereine zu schützen. Daraufhin hat Genosse Lebebour vollständig zutreffend geantwortet, daß sich diese Konkurrenz in der heutigen Gesellschaftsordnung nicht beseitigen läßt. Die Großbetriebe stellen eben eine vorgeschrittenere Betriebsform gegen den Kleinbetrieb dar und daran lasse sich durch staatliche Maßregeln nichts ändern. Ein Mittelstandsschutz, wie ihn die sogenannten Mittelstandsparteien verstehen, sei unmöglich, nütze den Kleingewerbetreibenden nichts, verlangsamt aber die Entwicklung der Wirtschaftsformen zu höherer Stufe und schädige dadurch den Konsumenten und den Arbeiter, ohne den Mittelstand zu retten. Die Sozialdemokratie gebe dem Mittelstand reelle Vorteile, indem sie gegen die Erhöhung der Militärlasten und des Lebensmittelpreises arbeite. Eine wirkliche Rettung des Mittelstandes aber sei eben nur in der sozialistischen Gesellschaft möglich, wo die Leute des Mittelstandes, die kleinen Leute, besser zurecht kommen wie heute und der ständigen Sorge um die Existenz entledigt sein würden.

Gegen Richter im Vorzimmer des Ministers. Herr Richter hat den preussischen Polizeiminister ersucht, eine allgemeine Erklärung über die Absichten der Wählerlisten zu veranlassen. Als Hauptgrund für seine Bitte fügte der alt gemordete Parlamentarier an, daß die Verwirrung der Behörden in dieser Frage lediglich der Sozialdemokratie zugute käme. Einem soartigen Witz wird der preussische Kammerherr nicht widerstehen können.

Wegen Reichstagswahl. wurde der Bergmann Karl Schmidt von der Kammer Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Vergehens gegen den Anzeigeparagraphen wurde nach der „Germania“ gegen den katholischen Pater Sittler in Bielefeld ein Strafverfahren eingeleitet, weil er die Preuss. Landesverordnungen in Preuss. Zeitschrift hatte. Im vorigen Jahre in Bielefeld wegen eines ähnlichen Vergehens zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

Reichstags-Wahlkampf.

Von der begeistertsten Stimmung, die in den Volksmassen für die Reichstagswahl herrscht, konnte Genosse Singer erfreuliche Erfahrungen sammeln auf einer Agitationsreise durch Thüringen, Nordbavaria und das sächsische Voigtland. Die Versammlungen des Genossen Singer waren allenthalben dermaßen überfüllt, wie es seit langem nicht beobachtet worden ist und die jubelnde Zustimmung, die den Ausführungen des Redners überall von den Zuhörern zu teil wurde, läßt uns hoffen, daß das arbeitende Volk am 16. Juni eine vernichtende Abrechnung mit seinen Bedrückern und Ausbeutern halten wird. Alle Nachrichten über die bisherigen Ergebnisse der Agitation lassen erkennen, daß die Sozialdemokratie im Volk wieder gewaltig an Boden gewonnen hat und daß die Verdrehungen, mit denen jetzt im Wahlkampf gegen uns gearbeitet wird, selbst von den unerfahrensten Leuten richtig erkannt werden. Die Sozialdemokratie wird die siegende Partei sein.

Das rheinische und badische Zentrum veröffentlicht noch besondere Wahlaufrufe. Der rheinische richtet sich gegen den Bund der Landwirte, der badische gegen Nationalliberale und Sozialdemokraten.

Die Einrichtung von solchen Spezialaufrufen beweist, daß das Zentrum sich in schweriger Lage befindet.

In Offen bringen die Zeitungen eine Bekanntmachung des Oberbürgermeisters, nach welcher „zur leichteren Orientierung der Wähler“ namentliche Verzeichnisse der Wahlberechtigten der Stadt Offen bezirksweise gedruckt worden sind. Abdrücke dieser Listen können im Rathaus kostenlos erworben werden. — In Breslau teilt das Gemeindeblatt mit, daß die Wählerlisten ausliegen.

Das kommt davon! Aus dem Königreich Sachsen wird geschrieben: In Meerane ist der merkwürdige Fall zu verzeichnen, daß den Ordnungsparteien kein Lokal für ihre Wahlversammlung zur Verfügung steht. Die weißen Saalbürger geben ihre Lokale für politische Versammlungen überhaupt nicht her, da sie entweder das Militärverbot oder den sozialdemokratischen Boykott zu befürchten haben. Nur den Sozialdemokraten stehen einige Säle zur Verfügung, über die das Militärverbot bereits verhängt ist. — Hier schlagen sich die Gegner mit ihren eigenen Waffen.

Für Elbing-Marienburger ist statt des Elbinger Rechtsanwalts Erich der Professor Gaidenhein als konservativer Kandidat dem Agrarierkandidaten von Oldenburg gegenübergestellt worden.

Mit der Kandidatur Böhmung im vierten Berliner Wahlkreise beschloß sich eine Versammlung des Bundes der freisinnigen Bezirksvereine des Ostens und Nordostens. Seitens mehrerer Gewerksvereiner wurde angefragt, ob denn Herr Böhmung überhaupt zur freisinnigen Volkspartei gehöre und welche Verdienste er sich dem um die Partei erworben habe. Daß er sich bei der Regierung unliebsam gemacht, könne doch nicht genügen. Mit einem bekannten Berliner Bürger würde man in diesem Kreise mehr Erfolg haben, als mit einem höheren Beamten. Von einer der freisinnigen Parteileitungen nachstehenden Seite wurde erklärt, daß Böhmung, wie alle männlich fähige, schon vor 25 Jahren fortgeschrittlicher Wahlmann gewesen. Er sei ein Mann von festem Rückgrat, sein Verhalten habe ihn populär gemacht. — Auch ein Grund.

Partei-Angelegenheiten.

Eine Flugblattverbreitung hat am Sonntag in Berlin und den beiden angrenzenden Landkreisen Nieder-Barnim und Teltow-Deetow stattgefunden. In einer Auflage von 900,000 tragen unsere Genossen die Plätter von Wohnung zu Wohnung, von Haus zu Haus. In Berlin hatten die stärksten Kreise den schwächeren eine Anzahl Kräfte zur Bewältigung dieser Riesearbeit zur Verfügung gestellt, so daß Berlin in kurzer Zeit mit Agitationsmaterial besetzt war. Außerdem waren noch eine Anzahl Berliner Genossen in einigen Landkreisen, die die Agitation nicht selbst besorgen konnten, tätig.

Diejenigen Genossen, denen auf dem Lande entseht gelegener Orte zur Agitation angewiesen waren, konnte man in den ersten Morgenstunden per Bahn oder zu Fuß ihrem Wirkungskreise zu eilen sehen; andere wieder waren, um ja rechtzeitig zur Stelle zu sein, bereits am Samstagabend, ihre Nachtruhe zum Teil opfernd, nach ihrem Verbreitungsbezirk abgedampft. Von einzelnen Fällen abgesehen, fanden unsere Genossen überall gute Aufnahme. Es klappte mit einem Wort wieder einmal vortrefflich. Die wochen- und jahrelange Organisationsarbeit hatte veranlaßt, daß am Sonntag in Berlin und Umgegend gering geschätzt mindestens 10 000 Genossen auf den Beinen waren. Ungeachtet und ungeachtet nicht Wind und Wetter schenend, übten sie ihre Ehrenpflicht im Dienste der Partei aus. Wer macht uns das nach?

Arbeiterbewegung.

10 Millionen Mark Arbeitergehälter. Der jährliche Umsatz der Gewerkschaften (Zentralverbände) beträgt nach der letzten von der Generalkommission (1901) vorgenommenen Aufzählung bereits ca. 10 Millionen Mark. Das ist ein guter Gradmesser für die erfreuliche Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation. Die Einnahme begriffte sich bei:

8 Verbänden	bis zu 5 000 Mk.
8	über 5 000 bis 10 000 .
8	10 000 20 000 .
12	20 000 50 000 .
8	50 000 100 000 .
12	100 000 200 000 .
6	200 000 500 000 .
1	500 000 1 Million .
8	über 1 Million .

Die wirtschaftlichen und politischen Gegner werden plagen vor Karger und über die Verschwendung der Arbeitergehälter schelten, die sie doch viel lieber in Gestalt von Lohnabzügen oder von Hungerlöhnen einziehen. Freilich im Vergleich zu den Millionen, die dem Arbeiter an indirekten und direkten Steuern abgenommen werden, ist diese Summe, die die Arbeiter für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ausgeben, sehr gering. Und dann ist ja auch der Nutzen, den die organisierten Arbeiter in wirtschaftlicher, moralischer und sittlicher Beziehung von diesen 10 Millionen haben, unschätzbbar, während indirekt das, was dem Arbeiter bei der Verteuerung seiner Lebensmittel abgenommen wird, zur Fütterung des Moloch Militarismus, zur Stärkung aller der Machtmittel verwendet wird, mit der die Arbeiterklasse in ihrem Emanzipationskampfe aufgehalten und niedergedrückt wird.

In Triest brach ein Tischlerausstand aus. In 77 Betrieben stellten 520 Gehilfen und 100 Lehrlinge wegen Streikigkeiten bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit die Arbeit ein. In den übrigen 73 Betrieben der Stadt wird gearbeitet. Wegen Bedrohung von nicht in den Ausstand getretenen Arbeitern wurden zwei Tischlergehilfen verhaftet.

Die Differenzen im Tischlergewerbe zu Frankfurt a. M. sind beendet, damit sind auch die von den Arbeitgebern angebotenen Gegenmaßnahmen hinfällig geworden.

Die Schuhmacher in Jena haben mit ihrer Lohnbewegung einen wesentlichen Erfolg erzielt. Durch Verhandlungen mit der Innung wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden vereinbart, der Stundenlohn steigt bei Zeitarbeit von 25 auf 30 Pf., die Alfordräge sind durchschnittlich um 15 Prozent erhöht, einzelne Arbeiten um 30 Prozent. Die Sonntagsarbeit wird eingeschränkt.

Zusland.

Über den Fortschritt der revolutionären Bewegung in Russland teilt ein Korrespondent des „Standard“ aus St. Petersburg mit, daß in der letzten Zeit eine große Zahl von Flugblättern verteilt worden ist, die alle die Unterschrift tragen: „Das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Revolutionäre“. Diese Flugblätter sind außerordentlich ernst gehalten und betonen die absolute politische Entmündigung der Massen, die allgemeine Not und den Volksgedemütigung. Die russischen Arbeiter sind bestürzt darüber, daß sich die Gewerkschaften bereit zu politischen Betrieben umgewandelt haben. Auf diese Weise wird die revolutionäre Bewegung umgewandelt weiter verbreitet und fast überall Wangel. Die Agenten der revolutionären Komitees sind jetzt fast unter dem Deckmantel arbeitsloser Handwerker tätig. Man glaubt auch bereits zu haben, daß die Revolutionäre innerhalb der Polizei selbst Helfer besitz.

In Kronstadt erschloß sich ein junger Offizier des kaiserlichen Regiments. Die Polizei hatte bei den Nachforschungen nach den Trägern der revolutionären Propaganda mehrere Personen verhaftet, darunter auch einen Bruder mit einer Schwester des Offiziers. Man fand bei ihnen eine Menge kommunistischer Schriften, darunter auch solche, die den Bruder bloßstellten. Der Kommandeur des Regiments ließ sich den jungen Offizier rufen und soll ihm unter vier Augen den Rat gegeben haben, seinem Leben ein Ende zu machen, um weiterer Schande zu entgehen. Der Vorfall erregt in militärischen Kreisen das peinlichste Aufsehen. Auch verschiedene Offiziere sollen verhaftet worden sein. Ferner melden Privatnachrichten aus dem Gouvernement Saratow von großen Bauernunruhen, wobei die Revolutionäre bereits mehrere Gutshöfe in Brand steckten. Es wurden sofort energische Maßnahmen durch den Gouverneur angeordnet. Gouverneur Pogodenski wurde im Stadtpark zu Moskwa zwei Personen erschossen.

Wahlen in Rumänien. Bei den Wahlen für die bisher konservativen Departements-Räte wurden 110 liberale und 10 konservativ gewählt. 60 Stichwahlen haben stattgefunden, bei denen die Ansichten für die liberalen Kandidaten günstig sind. Die Wahlen wurden während der Wahlen ungestört geführt.

Der Rat in der Zwangsjacke. In der italienischen Kammer kam die sozialistische Interpellation betreffend den Tod des Angeli im Gefängnis Regina Coeli zur Verhandlung. Der Unterrichtsminister Ronchetti beantwortete dieselbe dahin: Angeli habe den Segler des Kapitäns Poliva, aus dessen Dienste er entlassen gewesen, nicht verlassen wollen. Er sei deshalb von den Gardarmen weggeführt, bald aber wieder entlassen worden. Am Abend habe man ihn wieder verhaftet und nach Rom und zwar in das Gefängnis Regina Coeli gebracht. Er hätte nach seinem Heimort Castellammare gebracht werden sollen. Die Nacht vor seiner Abschiebung habe man ihn tot aufgefunden. Man habe ihm die Zwangsjacke anlegen müssen, weil er sich weigerte, im Gefängnis zu verbleiben. Es sei begreiflich, daß der Tod Angelis Aufsehen erregte, und die Deffektivität habe ein Recht auf Erklärung zu verlangen. Die Justizbehörden beschuldigen sich bereits damit; 7 Beamte, die in erster Linie verantwortlich gemacht werden müssen, seien verhaftet, damit die Wahrheit nicht verdeckt werde. Die Regierung erkenne mit Unrecht die Notwendigkeit an, die Gefängnisordnung zu ändern und der Aufsicht der Humanität mehr entgegen zu kommen. Eine Kommission sei bereits damit beauftragt.

Socci, Maga und Turchi. Socci erklärte, daß er nicht annehme, daß sie von den Ausführungen des Ministers nicht vollumfänglich befriedigt seien. Es habe überhaupt kein Grund vorgelegen, Angeli ins Gefängnis zu stecken; der Ministerfall derselben sei deshalb auch erklärlich. Wie könne man einen Menschen des Stuhls in der Zwangsjacke belassen. Socci erklärte, er werde so lange nicht zurücktreten, bis von der Regierung die Zustimmung komme, daß die Zwangsjacke das letzte Mal angewandt worden sei.

Damit endete vorläufig die Interpellation. Es wird nun gewünscht die Untersuchung gegen den verantwortlichen Beamten abzuwarten sein. Angenehm berührt auf jeden Fall das Bestreben der Regierung, die Wahrheit zu erforschen; ferner ist es befriedigend, daß der Minister sich nicht abmüht, unter allen Umständen jede Schwandigkeit und Gewalttat seiner Beamten zu bedecken.

Aus aller Welt.

Ein Attentat auf einen Eisenbahnzug wird auf Trautmann gemeldet. Auf der Reichsbahnstrecke zwischen Trautmann und Pilsen wurde von unbekannter Hand eine Bombe aus dem Geleise gerissen, um den Zug 508 zur Entgleisung zu bringen. Der diensthabende Streifenwächter erwiderte jedoch rechtzeitig den Anschlag und brachte den Zug zum Stehen. Man glaubt, daß entlassene Bahnarbeiter die Tat ausführten.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 20. Mai:
Wähler-Versammlung im Saal (Emanuel Bärm.)
Arbeiter-Redner-Verein. Zimmer Nr. 1.
Maurer-Gesang-Verein. Zimmer Nr. 2.
Donnerstag, den 21. Mai:
Maler-Gesang. Zimmer Nr. 2.
Bäder-Gesang-Verein „Eise“. Nachmittags 8 Uhr, Zimmer Nr. 3.
Freitag, den 22. Mai:
Holzarbeiter-Verein. Bahnhafen, Zimmer Nr. 1.
Maurer-Gesang-Verein „Vorwärts“. Zimmer Nr. 2.
Sonntag, den 23. Mai:
Fest des Verbandes des technischen Bühnenpersonals.
Der Saal ist noch frei:
Sonntag, den 6. und 27. Juni.
Sonntag, den 7., 14. und 28. Juni.

3 grosse Reste-Tage

sämtlichen Seldonwaren — Kleiderstoffen — Waschstoffen
und allen Leinen- und Baumwollwaren
zu **erstaunlich billigen Preisen.**

Jeder Rest wird bereitwilligst aus dem Fenster genommen

M. Schneider.

Herrn
 Haben große Auswahl
 in eleganter Herrenmode, aus
 bekannt besten Stoffen, zu
 aussergewöhnlich
 billigen, aber festen Preisen.
 Großer Lager in
 Mägen, Strawatten,
 Hüten, Schürzen, Stöcken etc.
S. Hurtig,
 Kapferschmiedestraße 50/51.
 1. Etage, Ecke Mühlbäckerstr.

**Gute haltbare
 Gameschen für Herren**
 zu 4.45 Mk.
Schürstiefeln f. Damen
 4.45 Mk.
 Sohlen u. Abfüße für Herren
 1.80 u. 2 Mk., Damen 1.40
 Mädchen 1.10 Mk., Kinder,
 70-90 Stk.
Wartezimmer!
Elektrischer Betrieb!
 Fehler in ca. 20 Minuten!
 Beste Ausführung, gutes Leder.
 Lager sämtlicher Schuhwaren
Spez.: Herrngamaschen
 zu 4.50, 6.50, 7.50 Mk.
 Zusammenkünfte werden besichtigt
 und repariert.
 Amerikanische Schnellschleier
 Mikolarstraße 20,
 Eilenden Neue Weltstraße.
No ten für sämtl. Instrum.
 grossart. Auswahl, spottb.
 zu verkaufen. Antiquarier
 Gabelstr. 10, 1. Etage.
 1768

**In enormer Auswahl
 Herren- und
 Knaben-Anzüge.**

Beste Verarbeitung
 solider, moderner Stoffe.
 Sehr billige, aber streng feste Preise.

Gebr. Taterka
 Breslau, Ring 47.

1592

M. Grau Nachf.
 Nur Albrechts-
 Str. 3, 1. Et. **Breslau** **Nur Albrechts-
 Str. 3, 1. Et.**
 Grosses und kolantes

**Möbel- u. Waren-
 Kredit-Haus**

Nur 3. Etage Albrechtsstr. 3 1. Etage

liefert auf **Abzahlung** in enormer Auswahl
Möbel, Spiegel, Konfektion
Polsterwaren, für Herren, Knaben,
Betten, Kinderwagen, Damen, Mädchen,
Läuferstoffe, Kostüme, Kleiderstoffe,
Teppiche u. Gardinen. Manufaktur-Waren.

Uhren und Bilder.
Kleine Anzahlung! Bequeme Abzahlung!

Billige Preise! Aufmerksame Bedienung!
 Besichtigung der Läger erwünscht! Kein Kaufzwang!

Sonnabend bis 10 Uhr abends geöffnet.
 Montag von 8-9 und von 11-2 Uhr mittags
 geöffnet.

Viele 377
1000
 Herren- u. Knaben-
Stroh Hüte
 Carlplatz 2, 1. Etg.

Richard Siegemund
 BRESLAU VI 660
 Friedrich-Wilhelmstrasse No. 98.
 Vertreter der
Triumph-, Corona-, Viktoria-
Fahrräder.

Eigene Reparatur-Werkstatt.
 Sämtliche Ersatz- u. Zubehörteile.
 Reelle Bedienung.
 Telephon 2032. Telephon 2032.

Stamm-Seidel, Viel Geld
 Vereins-Seidel, erpart nur durch Ein. direkt aus
 Geburtstags-Seidel, der Fabrik. Eleg. Herrenanzüge
 Hochzeits-Seidel, überz. 10%, Mt. Anzüge nach
 Jubiläums-Seidel, Maß 18 Mt. Breslau, Anzug-
 in großer Auswahl empfehle 666
Otto Misch, Fabrik, Wallstr. 17a. ff. Sonntag
 Kupferschmiede-Strasse 47. nur von 11-2 Uhr. 672

Zu Pfingsten

- Gardinen
- Blusen
- Mägen
- Handschuhe
- Korsetts
- Läuferstoffe
- Hüte
- Krawatten
- Strümpfe
- Gürtel

spottbillig 785
 Breslau's billigste Bezugsquelle
Einkaufs-Haus
Hermann Broh
 Ring 7 (Siebenkurfürstenseite) Ring 7
 parterre und 1. Etage.

Richard Heinrich, Reise- und Jagdglas
 „Philadelphia“
 Mk. 6.00, 9.50, 11.00.
„Unikum“
 billig! 752
 mit Sonnenblende genäht, hart,
 Rindleder-Etui und Riemen
 nur Mk. 15.—.
 Brillen, Pincenez
 Mk. 1.00 an.
 Reparaturen prompt u. billig!
 Preislisten gratis u. franko!

Genossen! Genossen!
 Fahrrad-Reparatur-Werkstatt
Gustav Opitz,
 Breslau II, Nr. 15, Zedanstraße Nr. 15.
 Lager sämtlicher Ersatz- und Zubehörteile.
Allerbilligste Preise.
 Reparaturen
 2.75 Mk. an
 4.50 Mk. an
 2.00 Mk. an
 2.50 Mk. an
 2.75 Mk. an
 1.00 Mk. an
 0.25 Mk. an
 1.00 Mk. an

**Uhren. Gold-
 waren.**

Albert Möwius
 UHRMACHER
 Schmiedebrücke 56
 EINGANG
 Kupferschmiede-
 Strasse.

Bitte genau darauf zu achten, dass sich mein Geschäft zu
Eckhause Schmiedebrücke 56 vom Ring aus linke
 Seite befindet. 797

Für Jedermann!

Herren-Anzüge u. Überzieher

auf Abzahlung **S. Osswald**
 Breslau, Schuhbrücke 74.

Sonntag geöffnet von 8-9 u. 11-2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur für die Druckerei „Kaufmann und Sohn“ und die Druckerei „Kaufmann und Sohn“: — für den Inhalt der Zeitungen der „Kaufmann und Sohn“: —
 Redaktion und Expedition: Neue Graubühnenstr. 3-5; — Verlag von Oscar Gatz: — Druck von Th. Gatz: — sämtlich in Breslau. — Inseratpreise: —

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 22. Mai.

Dritte große Flugblattverbreitung!

Am kommenden Sonntag findet in verschiedenen Kreisen — Suhrau, Steinau, Wohlau etc. — eine Flugblattverbreitung statt, an der einige hundert Genossen teilnehmen müssen.

Wir ersuchen die Teilnehmer, sich Sonnabend, den 23. d. Mts., nachmittags von 5 Uhr an in der „Volksmacht“ einzufinden und ihr Material entgegenzunehmen.

Die Arbeiter-Madefahrer sammeln sich Sonntag Morgens 4 Uhr in der „Volksmacht“.

Die Agitationskommission für Schlesien.

Das Wahlbureau der sozialdemokratischen Partei befindet sich im „Gewerkschaftshause“, Margarethenstraße 17. Dasselbe ist geöffnet von Mittags 8 Uhr bis Abends 8 Uhr, Sonntag bis 2 Uhr Nachmittags.

Genossen und Genossinnen! Vergesse niemand den Wahlkampf. Ohne genügend Geldmittel kann der Kampf der Arbeiterpartei gegen die übermächtigen Bourgeois nicht geführt werden.

Die Wählerversammlung, welche am Mittwoch im Gewerkschaftshause tagte, erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuchs, und die Stimmung der Versammelten war vortrefflich. Mit lebhaftem Beifall wurde Reichstagsvordneter Wurm beim Eintritt in den Saal begrüßt.

Wenn ich am heutigen Tage in meiner Vaterstadt sprechen darf, erfüllt mich das mit doppelter Freude. Die Breslauer Parteigenossen hat schwere Anläufe durchzumachen gehabt. Vor 25 Jahren hat auch hier der Versuch gemacht, die Sozialdemokratie gewalttätig zu vernichten.

Aus aller Welt.

Vom wunderbaren Monat Mai. Aus Wien wird berichtet: Die seit einigen Tagen eingetretene niedere Temperatur hält an; aus verschiedenen Landesteilen wird Schneefall gemeldet.

Ein großer Glend in der Familie hat den 50 Jahre alten Vater Kräbe in Berlin in den Tod getrieben. Kräbe war seit Jahren mit seiner 17-jährigen Frau verheiratet und Vater von vier Kindern im Alter von 4 bis 17 Jahren.

Ein ganz achtbarer Kinderfänger erfuhr eine Landmann in dem unweit der Reichshauptstadt gelegenen Dorfe Dreiwitz. Seine Frau verließ ihn nämlich kürzlich mit dem 21. Kinde.

Nähehafter Mord. Am 8. d. M. wurde in Paris in ihrer Wohnung eine Dame der Lebenswelt, Berthe de Brienne, ermordet aufgefunden.

Einige trübselige Bette. In der „Berlauer“ weiteten vor einigen Tagen zwei Herren in Bregenzlaun. Der eine erklärte nämlich, daß er 100 Mk. grübe, wenn der andere ein Schnitzglas in der Hand zu zerbrechen vermöge.

Die Wirtin. Mittwoch entlegte auf der Strecke Pöhlitz-Straz Bestrebungen ein aus 80 Wagen bestehender Züge. 3 Personen wurden getötet, 9 schwer und 26 leicht verletzt.

Während früher Landwirtschaft und Industrie in Deutschland gleich stark waren, ist es jetzt ganz anders geworden. Bisherige Arbeit wird durch Maschinen ersetzt. In der Landwirtschaft herrscht die Tendenz, daß immer weniger Menschen beschäftigt werden.

Das große Meer der Arbeitslosen ist ein Produkt unserer Wirtschaftsordnung. Wenn wir so viele Absatzmärkte wie möglich schaffen wollen, können wir nur mit dem Zentrum und lassen unsere Wirtschaftsordnung noch schlechter werden.

Was den Ausbau der Sozialgesetzgebung (z. B. Kranken-Versicherungsgesetz, Arbeiterschutz) anbelangt, so ist dieser einlagig. Im Staatsleben gibt es keine Moral, hier gilt nur die Macht.

Unter den Getöteten befindet sich ein Chauffeuführer, unter den Schwerverletzten ein Bahnmeister. Die übrigen Toten und Verletzten sind Arbeiter. Die Ursache der Entgleisung ist eine Senkung infolge Unterfüllens der Gleise.

Ueber die vorzeitigen Heiraten in Preußen entnehmen wir der „Stat. Corr.“ folgende Angaben: Vor Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches erlangte im Deutschen Reich das männliche Geschlecht mit dem vollendeten 20. Jahre die Ehefähigkeit.

Während vor dem Jahre 1900 durchschnittlich jährlich noch nicht 300 männliche Personen unter 20 Jahren mit Genehmigung des Justizministers die Ehe schlossen, hat seit dem Inkrafttreten der neuen das Geschlechtsalters der Männer um ein Jahr erhöhten gesetzlichen Bestimmung die Anzahl der vorzeitig heiratenden männlichen Personen eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren.

Einige trübselige Bette. In der „Berlauer“ weiteten vor einigen Tagen zwei Herren in Bregenzlaun. Der eine erklärte nämlich, daß er 100 Mk. grübe, wenn der andere ein Schnitzglas in der Hand zu zerbrechen vermöge.

Die Wirtin. Mittwoch entlegte auf der Strecke Pöhlitz-Straz Bestrebungen ein aus 80 Wagen bestehender Züge. 3 Personen wurden getötet, 9 schwer und 26 leicht verletzt.

Ueber die vorzeitigen Heiraten in Preußen entnehmen wir der „Stat. Corr.“ folgende Angaben: Vor Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches erlangte im Deutschen Reich das männliche Geschlecht mit dem vollendeten 20. Jahre die Ehefähigkeit.

Während vor dem Jahre 1900 durchschnittlich jährlich noch nicht 300 männliche Personen unter 20 Jahren mit Genehmigung des Justizministers die Ehe schlossen, hat seit dem Inkrafttreten der neuen das Geschlechtsalters der Männer um ein Jahr erhöhten gesetzlichen Bestimmung die Anzahl der vorzeitig heiratenden männlichen Personen eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren.

Einige trübselige Bette. In der „Berlauer“ weiteten vor einigen Tagen zwei Herren in Bregenzlaun. Der eine erklärte nämlich, daß er 100 Mk. grübe, wenn der andere ein Schnitzglas in der Hand zu zerbrechen vermöge.

Die Wirtin. Mittwoch entlegte auf der Strecke Pöhlitz-Straz Bestrebungen ein aus 80 Wagen bestehender Züge. 3 Personen wurden getötet, 9 schwer und 26 leicht verletzt.

Ueber die vorzeitigen Heiraten in Preußen entnehmen wir der „Stat. Corr.“ folgende Angaben: Vor Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches erlangte im Deutschen Reich das männliche Geschlecht mit dem vollendeten 20. Jahre die Ehefähigkeit.

Während vor dem Jahre 1900 durchschnittlich jährlich noch nicht 300 männliche Personen unter 20 Jahren mit Genehmigung des Justizministers die Ehe schlossen, hat seit dem Inkrafttreten der neuen das Geschlechtsalters der Männer um ein Jahr erhöhten gesetzlichen Bestimmung die Anzahl der vorzeitig heiratenden männlichen Personen eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren.

Einige trübselige Bette. In der „Berlauer“ weiteten vor einigen Tagen zwei Herren in Bregenzlaun. Der eine erklärte nämlich, daß er 100 Mk. grübe, wenn der andere ein Schnitzglas in der Hand zu zerbrechen vermöge.

Die Wirtin. Mittwoch entlegte auf der Strecke Pöhlitz-Straz Bestrebungen ein aus 80 Wagen bestehender Züge. 3 Personen wurden getötet, 9 schwer und 26 leicht verletzt.

Ueber die vorzeitigen Heiraten in Preußen entnehmen wir der „Stat. Corr.“ folgende Angaben: Vor Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches erlangte im Deutschen Reich das männliche Geschlecht mit dem vollendeten 20. Jahre die Ehefähigkeit.

Während vor dem Jahre 1900 durchschnittlich jährlich noch nicht 300 männliche Personen unter 20 Jahren mit Genehmigung des Justizministers die Ehe schlossen, hat seit dem Inkrafttreten der neuen das Geschlechtsalters der Männer um ein Jahr erhöhten gesetzlichen Bestimmung die Anzahl der vorzeitig heiratenden männlichen Personen eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren.

Einige trübselige Bette. In der „Berlauer“ weiteten vor einigen Tagen zwei Herren in Bregenzlaun. Der eine erklärte nämlich, daß er 100 Mk. grübe, wenn der andere ein Schnitzglas in der Hand zu zerbrechen vermöge.

Die Wirtin. Mittwoch entlegte auf der Strecke Pöhlitz-Straz Bestrebungen ein aus 80 Wagen bestehender Züge. 3 Personen wurden getötet, 9 schwer und 26 leicht verletzt.

Ueber die vorzeitigen Heiraten in Preußen entnehmen wir der „Stat. Corr.“ folgende Angaben: Vor Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches erlangte im Deutschen Reich das männliche Geschlecht mit dem vollendeten 20. Jahre die Ehefähigkeit.

8. Stundentag wird dazu angetan sein, den Arbeiter zum Denken und Lernen zu erziehen. Der gesellschaftliche Arbeiterschutz wird kommen, wenn die Bestie Kapital in eiserner Güter gepresst ist. (Bravo!) Wie schicksallos das Kapital ist, sehen wir an der ausgebeuteten Frauen- und Kinderarbeit. Erst das Drängen der Sozialdemokratie hat ein wenig Wandel geschaffen. Die Karl Marx, so sagen auch wir: Nicht die Personen, sondern das System bekämpfen wir. Wir betreiben alle Zugeständnisse an die Arbeiterklasse nur als Mittel zur Verlangung und Verlangen weit mehr. Wenn Junge und Frauen eine Liste zeigen: Seht einmal, diese Arbeiterklasse haben wir geschaffen, so ist die Sozialdemokratie die Ursache dieses Arbeiterschutzes. Es sind uns vorhergehende, wir wollten unsere Forderungen, wir verschleierten das Entgelt. Das ist nicht wahr. Unser Entgelt ist die Ursache aller sozialen Krankheiten. In Westeuropa liegt es, was wir erreichen, daß nur das Wohl der Gesamtheit maßgebend sein darf und soll. Wie es in dem Lied heißt: „Ach, wie bald, ach wie bald schwindet auch Du“, so löst dies auch vom Mittelstande (Handwerkstand) gedeutet werden. Das Kapital lautet ihm auf. Der Breslauer Obermeister der Schuhmacherei, Krawald, hat Recht gesagt, wenn er sagte: Die Handwerkerkammer hat uns keinen Nutzen gebracht.“

Der Ruf: „Nieder mit der Arbeiterbewegung!“ seitens aller politischen Parteien mahnt uns daran, daß es nur ein Haben und ein Traben gibt, wenn auch Gutes Richter dies zu bestehen suchte. Es heißt aber noch:
Die Sozial - die Arbeiterschutz, die Ausbeutung - die Ausgrenzung.

Zum Jahre 1878 fand in Breslau eine öffentliche Versammlung statt, in der der Kandidat der Liberalen, Redaktor Stein von der „Breslauer Zeitung“, sein Programm entwarf. Ein junger Sozialdemokrat trat ihm entgegen. Stein hatte keine Erwiderung, als er ihm zu den Sozialdemokraten gewendet, viel: „Von Ihnen will ich gar nicht gewöhrt werden!“ Da schickte Stein von seiner Seite die Antwort entgegen: „Wir wählen Sie auch gar nicht!“

Wenn Sie am 16. Juni zur Wahl schreiten, dann wählen Sie nicht die Kandidaten der gegnerischen Partei, sondern die Mandatanten der Sozialdemokratie, unsere Freunde Duganer und Verneinlein, in den Reichstag zum Wohle aller, zur Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)
Stürmischer Beifall folgte diesen Ausführungen und wiederholte sich, als der Vorsitzende namens der Versammlung für seinen durchdrachten und begeisterten Vortrag herzlich Dank aussprach. Eine Diskussion wurde von keiner Seite beliebt. Der Vorsitzende trahnte dann noch einige geschäftliche Mitteilungen. Insbesondere wies er auf die am nächsten Sonntag Abend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende Wählerversammlung hin, in welcher Reichstagsabgeordneter Dr. Zudekum referieren wird. Nachdem der Vorsitzende noch aus der Rücksicht eines Gerichtsreferendars Esbach an die „Volkswacht“ den von den Gegnern der Sozialdemokratie beliebigen „vornehmen Ton“ charakterisiert hatte, wurde die Versammlung mit begeisterten Hochs auf die wahre Partei des Volkes, die Sozialdemokratie, geschlossen.

Zu den „Winken für die Reichstagswahlen“, die jüngst unsere Parteibuchhandlung „Vorwärts“ herausgegeben hat, wird auf Seite 8 unten die Ansicht ausgesprochen, daß es gesetzlich unzulässig ist und als amtliche Wahlbeeinflussung gilt, „wenn Geistliche von der Kanzel oder Lehrer in der Schule Wahlagitierung betreiben.“ Wir halten diese Meinung für sehr richtig und werden in Oberschlesien, das doch auf diesem Gebiete der amtlichen Wahlbeeinflussung Hervorragendes geleistet hat und auch neuer wieder zu leisten sucht, den betreffenden „Volkswächtern“ ganz energisch auf die Finger zeigen. Die Genossen in Oberschlesien eruchen wir, jeden Fall von Wahlwählerlei in Kirchen und Schulen unter Angabe von zuverlässigen Zeugen bei der Zentralisationskommission Franz Trabelski in Katowitz, Holzgasse 19, zu melden. Es ist die höchste Zeit und gerade bei dieser Reichstagswahl wichtig, Geistlichen und Lehrern ihr ungehöriges politisches Handwerk zu legen.

Abtschrift von Wählerlisten. In Bezug auf die Abtschrift von Wählerlisten hat der Minister des Innern auf ein Schreiben des Abgeordneten Richter geantwortet, daß die Gemeindegemeinschaften nicht behindert sind, an Wahlberechtigten auf Antrag und gegen Entrichtung der erschwerten Auslagen Abschriften der Wählerlisten zu erstellen. Eine Verpflichtung dazu besteht nicht. Ob in einzelnen Fällen solchen Anträgen ohne Beieinträchtigung der dienstlichen Interessen entgegengegeben werden kann, muß der selbstständigen Ermäßigung der genannten Behörden überlassen bleiben. Eine allgemeine Anweisung zur Erstellung der beantragten Abschriften an die Behörden kann danach nicht erlassen werden. Hier würde auch entgegenstehen, daß nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit für die beteiligten Behörden besteht, alle in dieser Beziehung vorgetragene Wünsche zu befriedigen, und daß bei nur teilweiser Berücksichtigung zahlreiche Beschwerden wegen vermeintlicher Verletzung einzelner Anträge vor anderen erhoben werden würden.
Das hier ganz wie eine verlaufene Abschnützung aus und die Behörden werden die Anträge auch dahin annehmen. Es genügt ja, die Möglichkeit der Erfüllung der vorgetragenen Wünsche zu verneinen und man ist die Anträge los. Die befürchtete Beieinträchtigung dienstlicher Interessen ist auch ein gar nicht zu kontrollierendes Ablehnungsgrund.

Die freisinnigen Reichstagskandidaten für die beiden Breslauer Wahlkreise sind nun „proklamiert“. Es sind die Herren Justizrat Heilberg für Breslau-West, Landgerichtsrat Reukirch für Breslau-Ost. Die beiden hiesigen freisinnigen Blätter berichten diese noch immerhin für ihre Parteigenossen nicht unwichtige Tatsache in vier Zeilen mitten zwischen anderen Notizen im lokalen Parteiverläufe, werden ja die beiden Kandidaten vom Vorstande des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei angegeben, aber die Parteigenossen werden dem Beschlusse gewiß zustimmen. Es muß den freisinnigen nicht leicht gehen, die

Kandidatenfrage zu lösen. Herr Heilberg hatte, wie wir erfahren, zunächst durchaus keine Lust, wieder den Durchfallskandidaten für den Westen abzugeben. Da aber auch ein anderer Parteigenosse für das Opfer nicht zu haben war, mußte Herr Heilberg notgedrungen als Führer wieder in den Abgrund springen. Der freisinnige Kandidat für den Osten, Herr Reukirch, ist an einer Zivilkammer des hiesigen Landgerichts tätig. Die Anstellung eines hohen richterlichen Beamten als freisinnigen Kandidaten zeigt am deutlichsten die Kandidatennot dieser Partei. Es ist gar nicht zu bezweifeln, daß ein Kaufmann oder sonst ein im Erwerbleben stehender Mann neben dem Juristen Heilberg für den freisinnigen erbedlich wertvoller gewesen wäre. Gleich zwei Juristen aber, das dürfte auch manchem sonst ganz freisinnigen Mann ein wenig viel erscheinen. Nun, uns kann es recht sein.

Zentrum gegen Zentrum! Man schreibt uns aus Oberschlesien: In einem Artikel des „Vorwärts“ vom 20. Mai werden eine Reihe Meinungen aus Zentrumskreisen erwähnt, die gegen die heutige Zentrumskaktion gerichtet sind, weil sie die Traditionen der Partei, das Volk vor den Lebensmittelpreisen zu schützen, untreu geworden ist. Die Bekämpfung des Zentrums durch das Zentrum ist im Rheinland geschehen. Auch in Oberschlesien ist diese Praxis der Zentrumsbekämpfung durch Zentrumsbekämpfung versucht worden. Aus Düsseldorf wurden an einen ober-schlesischen bekannten Sozialdemokraten von bekannten Zentrumsanhängern mehrere Tausend Flugblätter geschickt, deren Inhalt Ansprüche der früheren Zentrumsführer gegen die Lebensmittelpreisen waren, denen die volksherrliche Taktik der gegenwärtigen Zentrumsbekämpfung gegenübergestellt wurde. Diese Flugblätter waren deshalb an uns Sozialdemokraten geschickt worden, weil seine Absender Adressen ultramontaner Parteigenossen in Oberschlesien nicht hatten. Wir haben diese Flugblätter mit einer hinzugefügten Erklärung erst jetzt, bei der Wahl, unter die Leute gebracht, wir hoffen, mit einem bedeutenden Erfolge.

Strä rechtlicher Schutz des Wahlgeheimnisses. Nach § 22 des Wahlreglements ist ein Protokoll nach dem unter Nr. 11 anliegenden Formular aufzunehmen. Nach diesem Formular ist u. a. folgendes zu beauftragen: „Von den wählbaren Wählern begab sich jeder einzeln, nachdem er einen Umschlag ausgehändigt erhalten hatte, in den Nebenraum (es kann auch protokolliert werden „an den Nebentisch“), wo er seinen Stimmzettel un beobachtet in den Umschlag steckte.“ Dies Protokoll ist von dem Wahlvorsteher, den Beisitzern und dem Protokollführer zu beurkunden. Bei der Wahlvorsteher vielerlei — im Wählerhandbuch der bekannten Ausführungen des konservativen Abgeordneten Amtsgerichtsrats Gimborg — beobachteten lassen, oder selbst beobachtet, welchen Stimmzettel der Wähler in den Umschlag steckte und dennoch dies Protokoll unterschrieben, so treten §§ 271 und 348 des Strafgesetzbuchs in Wirksamkeit. Diese Vorschriften bedrohen jeden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. und einen Beamten mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat, der in öffentlichen Urkunden Tatsachen als geschehen befundet, während sie überhaupt nicht oder in anderer Weise geschehen sind.

Arbeiterfreundliche Innungsbeschlüsse. Man schreibt uns: Nachdem die Breslauer Zattlerinnung durch Beschluß der Innungsoberleitung vom 15. Oktober 1900 bestimmt hat, ihren Gesellen eine Wirtspause von einhalb bis zwei Stunden zu gewähren. Ist es man glauben, daß jedes Mitglied den Beschluß nun auch zu respektieren hat. Daß aber diese Herren Innungsmeister nicht daran denken, mußten am Dienstag die beim Zattlermeister Hausig beschäftigten Kollegen erfahren. Nachdem dieselben einige Tage hindurch auf Veranlassung eines neuen Innungsleiters den Versuch gemacht hatten, obigen Beschlusse Geltung zu verschaffen, verbar sich Herr H. ganz entgegen der geringste Pause nach dem Essen, mit der bei den hiesigen Arbeitgebern eingebürgerten Bemerkung: „Wenn es nicht paßt, der kann gehen.“ Einem arbeitenden Pferde gönnt man die nötige Ruhepause, ein Sanftergele aber muß 13 Stunden ununterbrochen arbeiten, ohne zu murren. Daß diese Leute bei den überaus schlechten Löhnen auch noch Sonntags ohne besondere Vergütung arbeiten müssen, darüber muß man sich noch mehr wundern, weil laut Beschluß der Innung jede Arbeiterfamilie mit 5 Pfennig mehr vergütet wird und Sonntagsgelöhnt für diesen Beruf immerhin gesetzlich unzulässig ist. Trotzdem wird oftmals Klage geführt, daß in dieser und jeder Branche alle Sonntage gearbeitet wird.

Klebkampfpapier zum Wahlfest am Pflingstsonntage für Schützen, Partisanen usw., und in der „Volkswacht“ zu haben.

Frühjahr soll besser sein als der 31. Mai und 1. Juni. Die beiden heute, werden alle in verschiedenen Monaten geerntet. Das wird sich in diesem Jahre nicht wiederholen, nämlich im den Jahren 1914, 1915, 1916 und 1918, die besten Ernten haben wir unser Jahr. Da es demnach heute, zu dem Frühjahre geerntet, von 1. Juni bis 1. Juli ist, so können sie auf 35 verschiedene Tage fallen. Der früheste Erntetermin liegt der 10. Juni ist; doch ist es ein bester Zeittermin, daß Frühjahre 10. Juni zu sein ist. Zum letzten Male gelobt das 1918, mit 25 zum Jahre 200 wird es sich nicht wiederholen. Selten sollen gemiddelt nach Pflingstsonntage beide sich in den Jahren im vergangenen Jahre haben sich nur dreimal vor, mit 1918 und es sich wieder ereignen. Wenn es feiert wir beide sein im Mai; im nächsten Frühjahre wird das 60mal geerntet, im Mai und Juni 60mal und alle im Juni dreimal. In den nächsten Jahren werden die Ernten das Gedächtnis der menschlichen Ehrer mit dem behelligen der ganzen Dörfer und Pflingstsonntage Tage; es ist fast Ende des ersten Jahrhunderts begann man, das sein im den nächsten Tag nach Ostern (den Sonntag vor Pflingst) zu ernten, weil die Evangelien berichten, daß Christus nach seiner Auferstehung nach vierzig Tagen auf Erden wandelte.

Das die Kaufverbreitungen. Der Großhändler-Verleger H. Schall, Dref: H. Schall, leitet den Kaufverbreitungen ein außerordentliches von seinem Ministerium, kommt seines Großhändlers Joseph Schall's August Schall. Es ist ihm ernstlich, daß unter diesem, das heraus einige Stellen von Joseph Schall ist, mit dem Schall's ein authentisches Dokument des als Kaufverbreiter und als Ministerialrat in Köln's hochgestellten Schall's erhalten hat.
Recht's Commerce-Revisor. Das Jahressicht ist das Recht's Commerce-Revisor, H. H. auf den Tagelohn-Bericht zu er-

nehmen ist, dasselbe rage wie im Vorjahre. Der Vorberkungs-Lagebericht beginnt heute im Bazarergeschäft von Erich Lauenzenplatz. Die Eröffnungsfeier bringt, wie schon erwähnt, die erste deutsche Aufführung von Arne Geborg's „Paulus“, die nächsten Herbst als eine der ersten Novitäten auch im Deutscher Theater in Szene geht.

*** Krank aufgefunden.** Am Sonntag Abend ist auf Promenade eine Frau in bewußlossem Zustande aufgefunden worden auf dem Transport nach der Kgl. Klinik gestorben. 3 Entsetzt ist eine 52 Jahre alte Witwe von der Fähr-gasse 1 er worden.

*** Unfall.** Am 19. d. Mts., Abends, stürzte auf der S. Grandenstraße ein vor einen Rollwagen gespanntes Pferd, wofür schließlich durch den Transportwagen des Diebstahlvereins weggeführt werden mußte. Es hatte schnell eine große Menschenansammlung angezogen.

*** Feuer.** Am 20. d. Mts., Mittags, wurde die Feuer nach Michaelisstraße 19 gerufen, wo im Keller Kisten und Röhren in Brand geraten waren, wodurch eine sehr starke K. Entwicklung hervorgerufen wurde. Nach kurzer Zeit war Feuer erlosch.

*** Zusammenstoß.** Am 17. d. M. Nachmittags wurde Droschke, die bei der Sandstraße in die Neue Sandstraße einbogen einen Straßenbahnwagen erfasst und eine Strecke geschleift, wofür der Wagen beschädigt und das Pferd verletzt wurde. — Am 19. d. Abends erfolgte auf der Klosterstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Kastenwagen und einem Straßenbahnwagen. An letzterem wurde der Vorderperren eingedrückt, auch wurde der Kastenwagen beschädigt.

*** Schenkes Pferd.** Am 18. d. Mts. Abends schenkte am Koschthstraße ein vor einen Bierwagen gespanntes Pferd und seinen Weg über die Michaelisstraße nach der Michaelisstraße, wofür ein Kastenwagen durch den Wagen umgerissen wurde und Kopfverletzt.

*** Gestohlen wurden** einem Droschkenführer von der K. Gasse eine blaue Pferdebede mit gelben Streifen, einer Dame der Michaelisstraße auf dem Neumarkt ein Portemonnaie mit 6 Mk. und auf dem Ring einer Frau ein Portemonnaie mit 6 Mk. — Am 18. d. M., Mittags, brach, wie bereits berichtet, in der Gasse Friedrich-Wilhelmstraße 28 ein Hordenbrand aus. wie festgestellt wurde, sind aus einer Kammer Betten im Wert von 100 Mk. gestohlen worden. Aufscheinend hat der Dieb ein brennendes Strohholz weggeworfen und so den Brand verursacht. — Am 15. d. M. wurde ein junger Mann bei einer Familie am Ritterplatz möbliertes Zimmer. Nachdem er sich dazwischen einige Tage aufgehalten, verschwand er unter Mithnahme eines Sommerüberziehs, S. Cigaretten eines ebenfalls wohnenden Schneiders war. Der Dieb bestand war mit dunkelblauem Jackettanzug und schwarzem Hut bekleidet. Beim Erben schloß er einen Fuß etwas nach Aus dem Laden eines Uhrmachers auf der Weidenburgerstraße wurde eine schwarze und eine bräunliche in der Größe eines Talers, eine in Moikoforsche, ein Ring mit Steinen, sowie ein Ohrring mit 10 Steinen, und einem Malergehilfen in einem Hause auf der G. Straße, wo er arbeitete, eine silberne Remontuhr (Nr. 869322) Golddouble-feste gestohlen.

*** Volksherrliche Neidungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 19. d. M. 17 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: Zigarrentasche, eine Herrenuhr, eine goldene Brosche, ein Spazierstock, ein Schlüsselbund, ein Vincenz und ein Kleinm. — Abhanden kamen: eine silberne Zymlinzeruhr, ein Vater einem Anzug, ein Trauring, ein goldenes Armband, ein Futteral drei Schürzen, ein Portemonnaie mit 20 Mk. und einigen Socken, eine goldene Herrenuhrkette, eine goldene Damenuhr und grüne Kinderwagenbede.

Zu Pflingstsonntage

Gardinen **Läuferstoffe**
Blusen **Höcke**
Wäsche **Krawatten**
Handschuhe **Strümpfe**
Korsetts **Gürtel**
spottbillig 809
Breslau's billigste Bezugsquelle
Einkaufs-Haus

Kermann Broh
Ring 7 (Siebenkurfürstenseite) Ring 7
parterre und 1. Etage.

Kinderwagen
Preise ohne Konkurrenz
Goetz Söhne
49 Albrechtsstr. 49.

Versandhaus
für
Orkan-Fahrräder
und Zubehörteile.
Orkan-Fahrräder mit 1 Jahr Garantie Mk. 7.
Leinwandel 4.25 Luftschläuche
Prima da. mit 1 Jahr Gar. 5.- da. mit Gar. . . .
Prima da. 6.75 Prima da. 1 Jahr Gar. . . .
Blasreifen 1.90 Patentbremse
Ketten-Paternen 2.10 Morris-Freitau-Rabe 1
Teil-Paternen 0.95 Gängel



Man verlange ausführlichen Katalog gratis und franco.
Bernh. Wedler, Breslau
Gr. Grosse-Gasse 14.